

TVO mit Augenmaß - jetzt

Flächenverbrauch reduzieren – Bahntrasse ermöglichen – Kosten sparen

Wer häufig mit dem Auto auf der Köpenicker Straße und der Rudolf-Rühl-Allee fährt, dem ist angesichts der ständigen Staus klar: Das kann so nicht weitergehen. Als im Sommer das Planfeststellungsverfahren für die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) eingeleitet wurde, konnte man annehmen, dass es endlich voran geht mit dem Bau der dringend be-

Gestern Stadtratskandidatin - heute vor Gericht

Wer erinnert sich noch an die Medienberichte über die Festnahme einer Gruppe von Personen aus der „Reichsbürger“-Szene um Heinrich den XIII. Prinz Reuß wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung? Eine der prominentesten Namen: Die ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD aus Berlin, Birgit Malsack-Winkemann. Inzwischen steht sie vor Gericht.

Weniger bekannt ist, dass Malsack-Winkemann nach der Wahl 2021 von der AfD-Fraktion im Bezirk als Stadtratskandidatin vorgeschlagen wurde. Zu einer Abstimmung in der BVV kam es jedoch nicht, weil sie ihre Kandidatur zurückzog. Hatte sie da schon größere Aufgaben im Auge? Nach Medienberichten war sie nach einem gewaltsamen Staatsstreich als Justizministerin in einer Regierung um Prinz Reuß vorgesehen.

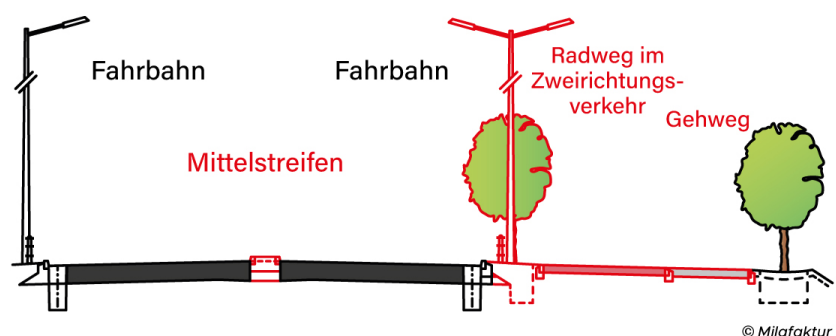
Nachtrag: Kürzlich wurden in Sachsen acht mutmaßliche Rechtsterroristen festgenommen, die unter „Sächsische Separatisten“ firmierten. Davon drei AfD-Mitglieder, einer auch in der Lokalpolitik aktiv. Allen wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

nötigten Entlastungsstraße für die Siedlungsgebiete in Biesdorf und Karlshorst. Doch nun mehren sich Medienberichte, in denen von ausufernden Kosten und mangelnden Zuschüssen des Bundes die Rede ist. Zudem kollidiert die Trassenführung an manchen Abschnitten offensichtlich mit den Überlegungen für eine Bahntrasse. Die Zustimmung des Eisenbahnbundesamtes gilt daher als ungewiss.

„Es macht keinen Sinn, eine Prachtstraße zu planen, die nie gebaut wird“, sagt dazu Peter Langer, Vorstandsmitglied der FDP Marzahn-Hellersdorf. Seine Partei tritt dafür ein, die Radfahrer und Fußgänger vom Kraftfahrzeugverkehr trennen.

„Nach Fertigstellung der TVO kann die Rudolf-Rühl-Allee als Fahrradstraße genutzt werden. Zusammen mit der Alberichstraße, bereits heute

Aktuell sind für die neue Straße neben zwei Fahrspuren je Richtung für den Kraftfahrzeugverkehr ein vier Meter breiter Radweg sowie ein 2,80m breiter Fußweg vorgesehen. „Wir brauchen auch keinen autobahn-ähnlichen Ausbau mit einem Mittelstreifen zwischen den Richtungsfahrbahnen. Schließlich wird mit einer Verkehrsgeschwindigkeit von 50 km/Std. geplant“, so Langer. Nach Berechnungen der Liberalen ließen sich durch ihre Vorschläge etwa 35 % der versiegelten Fläche und fast ein Viertel der Gesamtfläche sparen. Entsprechend geringer sei der Eingriff in die Natur. Es bliebe Platz für eine künftige Bahntrasse und es seien deutliche Kosteneinsparungen gegenüber dem heutigen Stand zu erwarten. Die Vorteile für die Radfahrer lägen ohnehin auf der Hand. „Wer fährt schon gern neben starkem Autoverkehr auf der einen und einer hohen Lärmschutzwand



Schnitt der geplanten Trasse. Wegfall des Mittelstreifens und Trennung der Rad- und Gehwege vom Kfz-Verkehr schont die Natur, spart Kosten und schafft Platz für die Schiene.

Fahrradstraße, und weiteren Wegen entsteht so im Siedlungsgebiet ein zusammenhängendes Netz bis zum Elsterwerdaer Platz und zum S-Bahnhof Biesdorf. Auch die Schülerinnen und Schüler der Georg-Klingenberg-Schule bekommen damit einen sicheren Schulweg“, so Langer.

auf der anderen Seite des Weges. Es sieht so aus, als ob die Verkehrssenatorin mit dem Projekt gerade in die Sackgasse steuert“, so Langer abschließend. „Die Anwohner in Biesdorf wünschen sich pragmatische, zielgerichtete Lösungen mit Aussicht auf Realisierung. Es braucht ein Konzept mit Augenmaß.“

Erst Kröten statt CleanTech - Jetzt Kröten und CleanTech?



Wo moderne, zukunfts-fähige Arbeits-

plätze entstehen sollen, weiden nun Rinder und Schafe. Wie konnte es dazu kommen? Bereits 2013 hatte der Bezirk die Bebauung für das Gelände nördlich der Bitterfelder Straße in Marzahn beschlossen. Erst 2018 gelang die Ansiedlung eines ersten Unternehmens. Vor zwei Jahren erhielten zwei weitere Interessenten eine Baugenehmigung für Gebäude mit rund 400 Arbeitsplätzen. Unmittelbar vor Baubeginn stoppte die bezirkliche Naturschutzbehörde das Projekt, weil auf dem Gelände Wechselkröten vermutet wurden. Dass sich die Investoren daraufhin zurückzogen, ist nicht verwunderlich.

„Der CleanTech Business Park könnte Marzahn-Hellersdorf zu einem führenden Standort für grüne Industrie machen.“ Das sagt Konrad Klamann, Vorstandsmitglied der FDP im Bezirk. Doch das Bezirksamt vernachlässigt seine Pflichten und behindert so die Entwicklung. Parallel zur Bebauung dieses Berliner Zukunftsortes war auch die Schaffung von Ausgleichsflächen für die Natur, somit auch ein Lebensraum für die Wechselkröte, vorgesehen. Klamann kritisiert: „Seit Jahren lässt das Bezirksamt die notwendigen Pflegemaßnahmen für die Ausgleichsflächen schleifen, statt die Grünflächen zu erhalten und ihre Funktion zu gewährleisten. Das schafft Hindernisse für Investoren und gefährdet die Entwicklung des Standorts.“

Nun soll die WISTA die Untersuchung der Flächen nach geschützten Pflanzen- und Tierarten, also insbesondere der Wechselkröte, übernehmen. Daraus ergibt sich dann die Auswahl der Flächen für den Artenschutz und die Industrieansiedlung. Die WISTA ist eine städtische

Gesellschaft, die sich um Investoren für den Business-Park bemüht und auch den Technologiepark Adlershof entwickelt.

Klamann: „Es ist ein Armutszeugnis für das Bezirksamt, dass die Intervention der Senatsverwaltung erforderlich war, um die Steine beiseitezuräumen, die der Bezirk dem Industriestandort in den Weg gelegt hat.“ Bereits vor Monaten hatte sich die FDP in einem Beschluss für die Übertragung der Verantwortung an die WISTA ausgesprochen. Die jetzige Entwicklung wird daher von den Liberalen begrüßt. „Das schafft Planungssicherheit“, so Klamann. Er appelliert an die Verantwortlichen: „Es darf nicht wieder passieren, dass das widersprüchliche Agieren des Bezirksamtes die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort unterminiert. Die Zukunft unseres Bezirks darf nicht durch bürokratische Versäumnisse gefährdet werden.“

Versprochen und nicht gehalten



Aktuell werden die neuen Grundsteuerbescheide verschickt. Es zeichnet sich ab, was zu befürchten war: Für

Eigenheimbesitzer in den östlichen Stadtteilen wird es zum Teil erheblich teurer, wie Beispiele zeigen.

EFH in Marzahn, Baujahr 2002, Grundstück 472 m², Wohnfläche 120 m², Grundsteuer alt 310 €, neu 828 €

EFH in Mahlsdorf, Baujahr 2017, Grundstück 390 m², Wohnfläche 123 m², Grundsteuer alt 280 €, neu 868 €

EFH in Biesdorf-Süd, Baujahr 2002, Grundstück 663 m², Wohnfläche 148 m², Grundsteuer bisher 488 € künftig 1.027 €

In der Opposition hatte Christian Gräff (CDU), versprochen: „Ich werde keiner Koalition auf Landesebene zustimmen, bei der die ungerechte Verteilung der Grundsteuer für den östlichen Teil Berlins nicht verändert wird“. Inzwischen stellt die CDU den Finanzsenator. Außer ein paar kosmetischer Änderungen hat sich aber an dem schon von Rot-Rot-Grün auf den Weg gebrachten Verfahren nichts geändert. Die vielen Einsprüche demonstrieren eindrucksvoll das Misstrauen in diese

Gesetzgebung. Die Chance, ein einfacheres Besteuerungsverfahren auf den Weg zu bringen, wie von der FDP vorgeschlagen, wurde verpasst.

Europa vor Ort sichtbar machen



Im Vorfeld der Europawahl hatte die BVV beschlossen, die Bedeu-

tung Europas für die lokale Entwicklung deutlich zu machen und auch wieder an Schulen für den Europagedanken zu werben. Wie Benjamin Dahler, Vorsitzender der Jungen Liberalen im Bezirk, auf eine Bürgeranfrage erfuhr, sah sich das Bezirksamt aber nicht in der Lage, diesen Beschluss umzusetzen. Dahler: „Die Antworten des Bezirksamtes sind ernüchternd“. Eine wichtige Informationsveranstaltung entfiel wegen Erkrankung der Europabeauftragten ersatzlos. Eine Vertretungsregelung war nicht vorgesehen. „Für die Liberalen war diese Untätigkeit kurz vor der Wahl inakzeptabel und ein Zeichen von Ignoranz und Arbeitsverweigerung“, so Dahlers Fazit.

Die Liberalen fragten auch nach dem viel zu wenig bekannten **Erasmus+** Programm. Dieses richtet sich an Berufsschülerinnen und Berufsschüler sowie Auszubildende in der dualen Ausbildung und ermöglicht ihnen einen Auslandsaufenthalt. Konrad Klamann, FDP-Vorstandsmitglied im Bezirk, wollte wissen, was getan werde, um dessen Bekanntheit zu erhöhen und um die Auszubildenden in der Verwaltung anzuregen, von dieser Möglichkeit, den eigenen Horizont zu erweitern und zusätzliche Erfahrungen zu gewinnen, Gebrauch zu machen. Klamanns Fazit auf die Antwort: „Das Bezirksamt handelt nur halbherzig. Statt aktiver Bewerbung wurde lediglich ein Link auf der Website eingerichtet. Nur wenige Azubis profitieren bisher. Das Bezirksamt muss die Chancen der EU-Angebote sichtbar machen.“ **Vertiefte Informationen über Erasmus+ gibt es unter www.meinauslandspraktikum.de/erasmus.**